Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Januar 24, 1867.

Wer gibt etwas um die Deutschen?

Der in Dubuque, Iowa, erscheinende „National Demokrat" bringt folgenden Artikel, der auch auf die deutschen Radikalen außerhalb Iowa und ganz besonders auf die deutschen Weltverbesser von Pennsylvania paßt. Der Artikel lautet:

Das radikale englische Blatt in Davenport, die Gazette, scheint ihre deutschradikalen Pappenheimer gründlich zu kennen, und gibt in einem „who cares for the Dutch" überschriebenen Artikel ihren Gefühlen in beredter und treffender Weise Ausdruck. Solche Hohn und Verachtung athmende Artikel sind die unausbleiblichen Folgen des miserabeln und feigen Benehmens vieler radikalen Deutschen in dem letzten Wahlkampfe, und namentlich der deutschen radikalen Presse. Wir haben unseren deutschen radikalen Mitbürgern wiederholt eingeschärft, daß sie nur dann Anspruch auf Achtung Anderer machen könnten, wenn sie sich selbst achteten, daß sie nicht mit Ehren in der vermuckerten sogenannten radikalen Partei von Iowa bleiben könnten, aber, mit nur wenigen ehrenhaften Ausnahmen, predigten wir tauben Ohren, und gar viele ließen sich wie die Schafe von bezahlten Runners und Leithammeln zu den Stimmkästen treiben, um für ihre erklärtesten und offenen Feinde, für Leute, die gar kein Hehl aus ihren fanatischen Gesinnungen machten, und gegen Männer mit liberalen Ansichten zu stimmen. Daß ihnen jetzt von diesen selben Fanatikern so zu sagen die Thüre gewiesen wird, das ist der Fluch der bösen That. Folgender Artikel, den wir wörtlich abdrucken, wird manchen deutschen Radikalen fuchsteufelwild machen, aber dessenungeachtet wird er nächsten Herbst doch wieder für „seine Leute" stimmen, und wenn wir ihm am Abend vor der Wahl diesen Artikel vorhalten, wird er uns böse werden, und die lächerliche Behauptung aufstellen, wir hätten ihn gefälscht, wie dies im letzten Oktober der Fall war, als wir den Artikel der gut radikalen „Temperance Platform" über Salonhalter druckten. Doch wir enthalten uns jedes weiteren Commentars und machen die „Gazette" nur darauf aufmerksam, daß die „Dutch" noch lange nicht alle radikal sind, und daß die deutschen Demokraten ein Recht haben, ihre Bemerkungen mit Protest zurückzuweisen. Der Schuh paßt diesen nicht.

Hier ist der Artikel.

„Wer gibt etwas um die Deutschen! Das ist die Frage. „Yes sir, who cares for the dutch?" sie werden brummen und schmollen und plappern in ihrer deutschen Manier, wenn wir ihre Salons bedrohen, aber wenn es zum Stimmen kommt, dann gehen sie doch mit uns —jedesmal. Diese Dutch schmieren den Demokraten Honig um den Bart und machen ihnen weiß, daß sie unsere Candidaten hassen, aber wenn die Wahl herannaht, geht doch jeder Dutchman wieder für uns und gegen die Demokraten—jedesmal.

Wer gibt etwas um die Dutch? Und wer gibt etwas darum, ob sie fuchsteufelswild werden und uns auf ein paar Monate verlassen? Sie werden zurückkehren, sie werden in unsere Conventionen kommen und ein wenig Spektakel machen über ihren Whisky und ihr Bier, aber wenn es erst an's Stimmen geht, dann voten sie wieder mit uns—sie können uns nicht verlassen. Aber angenommen auch, sie verlassen unsere Partei—wer gibt etwas darum? Können wir nicht sie mit sammt den Demokraten schlagen? Haben wir es nicht bei der letzten Wahl gethan? Haben wir nicht ihren Candidaten Collins geschlagen, trotzdem ihn die Dutch und die Demokraten unterstützten? Wer gibt etwas um die Deutschen? Laßt sie toben und schnattern und zum Kukuk gehen. Wir können ohne sie fertig werden. Wir sind stark genug ohne sie. Wir haben sie benutzt, um zur Macht zu gelangen, und nun da wir die Macht besitzen, mögen sie absocken.

Wer gibt etwas um die Dutch? Sie müssen das Liquorverkaufen aufgeben oder die Stadt verlassen, ja sie müssen noch mehr wie das aufgeben. Wir haben bereits Arrangements, getroffen, um ihre Salons und Stores am Sonntag zu schließen, sie dürfen keine Festlichkeiten am Sonntag mehr halten; sie müssen es aufgeben, am Sonntag ihre Hörner zu blasen und ihre Pauken zu schlagen; sie werden es aufgeben müssen, am Sonntag im deutschen Theater zu spielen und am Sonntag zu tanzen.

Wer gibt etwas um die Dutch? Wir haben sie jetzt gerade, wo wir sie haben wollten. Wir brauchen ihre Stimmen nicht, denn wir können sie jedesmal schlagen, wenn sie es wagen, unsere Partei zu verlassen; und wir werden sie zwingen, sich so zu betragen wie wir es thun, oder wir werden es ihnen in Iowa zu heiß machen Ja, Brüder Republikaner, wir haben die „Dutch in a tight place," freut euch darüber und „gebt ihnen fits."

Cameron zu Gunsten des Negerstimmrechts!

Nachdem Simon Cameron am vorletzten Dienstag als Ver. Staaten Senator erwählt worden war, hielt er eine Rede, in welcher er sich unter andern folgender Worte bezüglich des Negerstimmrechts in Pennsylvanien bediente:

„Ich hoffe es noch zu erleben, daß das Wort „Weiß' aus der Constitution unseres Staates ausgestrichen und daß der Kastengeist, welcher sich auf Verschiedenheit der Hautfarbe gründet, ausgerottet wird."

Also, das Wort „Weiß" will Cameron aus unserer Constitution ausgestrichen haben, damit auch Neger stimmen können! Gehen solchen Republikaner, die bisher es längneten, daß ihre Partei nicht zu Gunsten des Negerstimmrechts ist, wir sagen, gehen diesen bald die Augen auf?

Wenn der Präsident in Anklagestand versetzt werden sollte, — was dann?

Manche Leute glauben, daß, im Fall Präsident Johnson in Anklagestand versetzt und seines Amtes verlustig erklärt werden sollte, dann der Präsident des Senats sein Nachfolger werden würde.

Dem ist jedoch nicht so! Dasselbe Gesetz, welches den Präsident des Senats als Nachfolger des Präsidenten und Vice-Präsidenten der Ver. Staaten bestimmt, im Fall beide Stellen vakant werden, (und durch den Tod Lincoln's sind beide vakant geworden), hat auch Bestimmungen für eine schleunigst abzuhaltende Wahl getroffen. Sollte Präsident Johnson abgesetzt werden, so wird in diesem Jahre noch eine Präsidenten-Wahl stattfinden!

Indem es nothwendig ist, daß das Land die gesetzlichen Folgen eines solchen Schrittes verstehen soll, so geben wir hier einen Abschnitt aus der Constitution. In Abschnitt 9 heißt es:

„Wenn immer die Aemter des Präsidenten und Vicepräsidenten vacant werden, so soll der Staatssekretär sofort die Executive eines jeden Staats davon benachrichtigen und auch eine Veröffentlichung davon wenigstens in einem Blatte in jedem Staate veranlassen, anführend, daß Präsidenten-Elektoren in jedem der verschiedenen Staaten innerhalb 34 Tagen, vorausgehend dem ersten Mittwoch im nächsten Dezember, erwählt oder ernannt werden sollen, vorausgesetzt, daß ein Zeitraum von zwei Monaten zwischen einer solchen Veröffentlichung und dem ersten Mittwoch im Dezember liegt. Aber wenn zwischen dem ersten Mittwoch im Dezember und der Zeit der Veröffentlichung nicht der Zeitraum von zwei Monaten liegt, und wenn die Zeit, für welche der letzte Präsident und Vicepräsident erwählt waren, nicht bis zum nächsten 3. März ausläuft, dann soll der Staatssekretär in der Veröffentlichung anführen, daß innerhalb 34 Tagen, welche dem ersten Mittwoch im Dezember des nächsten Jahres vorausgehen, Elektoren ernannt oder gewählt werden sollen, innerhalb welcher Zeit die Elektoren demgemäß ernannt oder erwählt werden sollen, und die Elektoren sollen am ersten Mittwoch im Dezember zusammentreten und ihre Stimmen abgeben, und das Verfahren und die Pflichten der ernannten Elektoren sollen gemäß den Anweisungen, die in diesem Gesetz vorgeschrieben sind, sein."

Aus obigem ist also ersichtlich, daß, wenn die Anklage gegen Präsident Johnson vom gegenwärtigen Congreß erhoben, und er seines Amtes noch vor dem 1. Oktober entsetzt werden sollte, so muß bis nächsten November oder December eine Neuwahl angeordnet werden. Dies aber würde die im Jahre 1868 zu haltende Präsidentenwahl nicht ausschließen, da der in diesem Herbste zu erwählende Präsident nur für den Termin, den Präsident Johnson noch zu dienen hätte, also bis zum 4. März 1869, erwählt betrachtet werden kann.

Wir hätten demnach, wenn das radicale Anklage-Project zur Ausführung käme, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren Präsidentenwahlen zu erwarten, und selbst der rabiateste Fanatiker muß sich zugestehen, daß die mit diesen Vorgängen verknüpften Aufregungen dem Volke zu viel erscheinen werden, und daß eine Partei welche die Ursache davon ist, sich dadurch ihr eigenes Verderben und Untergang zuzieht.

Gouverneur Geary's Botschaft.

An einer anderen Stelle findet der Leser einen Auszug aus der Inaugural-Adresse des neuen Gouverneurs von Pennsylvanien. Ueber seine Auffassung des Verhältnisses des Nordens zum Süden bemerkt die N. Y. Staatszeitung: „Hier finden wir Gouverneur Geary, abweichend von seinen Kriegsgenossen Grant, Sherman, Meade, Thomas, Farragut und fast allen andern hervorragenden Truppencommandeurs, als einen Mann, der von keiner Milde und Gnade für den gefallenen Feind etwas wissen will. Er stellt sich lieber als Soldat in die Kategorie der Tilly, Melas und Butler, als der Washington, Grant und Sherman. Es versteht sich fast von selbst, daß diese Gesinnung gegen den niedergeworfenen Gegner Hand in Hand mit einer überschwänglichen Bewunderung der Gesinnungen und Handlungsweise eines radikalen Congresses, den der Gouverneur nicht nur auffordert, auf der vorgeschlagenen Bahn zu verharren, sondern, wenn erforderlich, noch radikaler Maßnahmen, als die vorausgegangene einzuleiten und zu vollziehen.

Da Republikaner und Demokraten die natürlichen Gegenfüßler und Anhänger von allen Staatssystemen sind, unter denen dem Volke das kleinstmögliche Maaß von Freiheit und Selbstregierungsfähigkeit zugestanden ist, und sie in Folge dieses ihres innersten Wesens und Eintretens für die Rechte der großen Masse auch weit häufiger wie Aristokraten und Fürstenknechte in der Geschichte der Völker in die Situation von Revolutionären, Insurgenten und Rebellen versetzt gewesen sind, so war es nur natürlich, daß alle ihre Anhänger und Autoritäten sogenannter politischen Verbrechen im allgemeinen Criminalcoder die mildeste Deutung gaben und ihre Verüber für vorzugsweise am nestieberechtigt erkannten. Nur unsere radikalen Republikaner, welche auch die wahren Demokraten sein wollen, machen davon eine Ausnahme, und erachten politische Vergehen für solche, die nicht verziehen werden können und bis in's zweite und dritte Glied heimgesucht werden müssen. Ob wohl auch das Urtheil der Welt zu dieser schroffen Ansicht unserer Radikalen sich bekehren wird?"

Ausländer nicht so gut als Neger!

Bekanntlich haben die deutschen des Distrikts Columbia eine Bittschrift dem Congreß eingesandt, worin sie bitten, daß man ihnen dieselben Rechte wie den Negern gestatten möge. Diese Bittschrift wurde einer dazu bestimmten Committee zur Berathung übergeben. Erwähnte Committee berichtete am vorletzten Dienstag durch ihren Vorsitzer, Hrn. Koontz von Pennsylvanien: „daß das Gesuch der Deutschen nicht angenommen werde!"

Da haben wir's. — Die Neger in Washington dürfen stimmen; aber Ausländer nicht! Was sagen unsere Radikalen Deutschen zu diesem?

Wenn wir nicht irren, so ist dieser Koontz vom Franklin, Bedford und Somerset Congreß-Distrikt.

Wie der Tarif arbeitet.

Ein Herr in Louisville, der kein Verehrer des Schutzzolles ist, hat ausgerechnet, daß ein Mann, der zwei neue Anzüge kaufen will, z. B. einen von Zwillich, nebst Hut, Stiefel, Ueberschuhe, Ueberrock Handschuhe und zwölf Paar Strümpfe, dafür in jener Stadt ungefähr $324 bezahlen müßte. Dieselben Artikel würden in London 15 Pfd. St. 9 Shill., oder ohne Zollauflage nach New York gebracht $91 kosten. Der Passagepreis von Louisville nach Liverpool (2. Klasse) und zurück beträgt $150.

Es könnte also ein Mann, der die obigen Artikel will, nach England reisen, dieselben dort kaufen und würde dabei $83 sparen. Das ist keine üble Illustration der wohlthätigen Folgen des Schutzzolles.

Hört ihr's Radikale?

Thaddeus Stevens, der Leiter der Radikalen im Congreß, sagte in einer neulichen Rede im Congreß:

„Ich glaube nicht, daß Jefferson Davis prozessirt werden kann für Hochverrath. Sein Vergehen ist das eines Kriegführenden, und nicht eines Verräthers."

Es scheint „Thäddy" geht ein Licht auf!

Verhandlungen der Gesetzgebung von Pennsylvanien.

Im Senat gingen Bittschriften von Adams County ein, um Entschädigung des bei Gettysburg zerstörten Eigenthums.

Der Vorschlag, das Constitutionelle Amendement zu ratifiziren, wurde mit folgenden Stimmen angenommen:

Ja's: — Die Herren Bigham, Billingfelt, Brown, (Lawrence), Brown, (Mercer), Coleman, Connell, Cowles, Fischer, Graham, Haines, Landon, Lowry, McConaughy, Royer, Shoemaker, Stutzman, Taylor, White, Worthington und Hall—20. Alle Radikalen.

Nein's: — Die Herren Barnett, Jackson, Davis, Donovan, James, M' Candleß, Randall, Searight und Walls —9. Alle Demokraten.

Auf Antrag des Senator McCandleß statteten die Mitglieder des Senates mit denen vom Hause dem austretenden Gouv. Curtin einen Besuch ab.

Im Hause wurde ein Beschluß eingereicht, worin die Entrüstung dieses Körpers über die Ernennung des Herrn Cowan zum Gesandten in Oestreich ausgesprochen und Präsident Johnson beschuldigt wird, durch diese Ernennung dem Volke von Pennsylvanien eine direkte Beleidigung angethan zu haben. Die republikanischen Senatoren und Repräsentanten werden angewiesen, sich der Bestätigung der Nomination zu widersetzen.

Hr. Boyd protestirte im Namen der Demokraten gegen das Betragen der Radikalen sowohl als auch gegen die Annahme dieses Beschlusses. In seiner Rede geißelte er den Caplan des Hauses (einen gewissen Kennedy), der betete, daß Präsident Johnson aus dem Lande verwiesen, und Simon Cameron mehr radikal sein möchte, als er ist! Er vertheidigte Hrn. Cowan und sagte, daß er blos nach seinem Gutachten gehandelt habe.

Lee (Rad.) bemerkte, daß Republikaner ein volles Recht hätten, ihre Gesinnungen gegen Edgar Cowan, den Verräther (!) auszusprechen, und er bedauere, daß Hr. Kennedy sich nicht noch inbrünstiger in seinem Gebete ausgedrückt habe.

Kennedy vertheidigte sein Gebet und sagte, daß es seine Pflicht sei, für jeden gewünschten Segen zu bitten und denselben auch zu nennen; er überlasse es dann dem Allmächtigen, über die Zweckmäßigkeit solcher Bitte zu entscheiden. (Wäre dieser Kennedy nicht ein gefügiges Werkzeug des russischen Czaren?!) Die Debatte wurde noch lange fortgeführt, und zwar auf Radikaler Seite von den Herren Lee, Davis, Ewing, Mann, Kimmell, McCreary und Allen, und von den Demokraten, Herren Kurtz, Boyd, Quigly, Barrington, Satterwait und Jenks.

Seit der Wahl des Sen. Cameron haben unsere Herren Repräsentanten überhaupt noch wenig gethan, das zum Besten des Volkes diene.

Ein offener Brief Wendell Phillips'.

Die heutige „Antislavery Standard" enthält einen Brief von Wendell Phillips, dem Manne, von welchem die republikanische Partei ihre "großen moralischen Ideen" bezieht in welchem er auf die Nothwendigkeit hinweist, mit der „Supreme Court der Ver. Staaten" kurzen Prozeß zu machen, und dieselbe abzuschaffen.

(Da die Constitution thatsächlich bereits „abgeschafft" ist und der Präsident demnächst ebenfalls „abgeschafft" werden soll, so fehlt blos noch das Eine, auch das oberste Bundesgericht „abzuschaffen" — dann kann die radikale Schreckensherrschaft ohne Weiteres beginnen.)

Verhandlungen des Rumpf-Congresses, Nro. 2.

Washington, 23. Jan. '67.

Senat.

Petitionen um erhöhte Schutzzölle, um Gehaltserhöhungen, um Forterhaltung der seitherigen Aufblähung der Papiergeld-Circulation und die regelmäßig jeden Tag durch Sumner überreicht werdenden zahlreichen Petitonen um Gleichberechtigung der Neger, wurden den betreffenden Committees zugewiesen.

Die Bill wegen Aufnahme von Nebraska als Staat wurde aufgenommen. Das vom Haus zur Bill gestellte Amendement wurde gelesen. Dasselbe verlangt als Fundamental-Bedingung, daß die Legislatur des künftigen Staates sich dazu verstehen soll, alle Rechts-Unterschiede wegen der Race oder Farbe in der Staats-Constitution aufzuheben.

Wade beantragte, daß der Senat dem Amendement des Hauses beistimme.

Edmunds sagte, er hoffe, der Senat werde nicht beistimmen. Er sei überzeugt, daß entweder der Congreß das Recht hat, indem er Staaten zuläßt, die Bedingung des universellen Wahlrechts aufzuerlegen, oder daß es der Bevölkerung des Territoriums in ihrer ursprünglichen Eigenschaft überlassen werde, darüber zu entscheiden. Es gibt keinen Mittelweg. Die Frage könnte gerade so gut dem Stadtrath von Washington, als den Gesetzgebungen der Territorien zur Lösung überlassen werden.

Johnson erklärte sich mit der Ansicht des Senators Edmunds einverstanden.

Hendricks ist gegen alle die erwähnten Bedingungen, er glaubt, daß wenn ja welche auferlegt werden sollen, man es dem Volk der Staaten überlassen sollte, ob sie dieselben erfüllen wollen. Es betheiligte sich an der Discussion die Herren Henderson, Morrill und Andere bis zum Ablauf der Vormittagsstunden.

Die Bill zur Regulirung der Beamten-Anstellungen wurde aufgerufen.

Wade beantragte, die reguläre Ordnung zu suspendiren bis die Nebraska-Bill erledigt sein wird.

Der Antrag wurde mit 24 gegen 17 angenommen.

Henderson ergriff das Wort in Bezug auf die Nebraska Bill und er beantragte als Substitut für das Amendement des Hauses, das, was als das Browns Amendement bekannt war, als die Bill noch im Senat vorlag. Der Antrag wurde mit 21 gegen 18 Stimmen verworfen. Ueber das Amendement des Hauses wurde abgestimmt und dasselbe mit 82 gegen 14 angenommen. Die Bill ist sohin in beiden Häusern durchgegangen und geht jetzt zum Präsidenten.

Die Bill zur Aufnahme Colorado's als Staat in die Union, wurde aufgenommen. Das Amendement des Hauses, das seinem Inhalte nach dasselbe ist, welches der Nebraska Bill beigefügt worden war, wurde mit 27 gegen 12 angenommen. Die Bill geht jetzt an den Präsidenten.

Morrill berichtete Namens des Committees des Distrikts Columbia über die Bill zum Schutz der Rechte verheiratheter Frauen, nebst einem Substitut für die Bill.

Haus.

Im Hause stritt man sich um die Reconstruction der südlichen Staaten, ohne jedoch zu einem Entschluß zu kommen.

Es fand eine lange Debatte über die vorliegende Bill statt; Bingham hielt eine entschiedene und eindringliche Rede gegen dieselbe; als seine Zeit abgelaufen war, wurde ihm gestattet, noch eine Viertelstunde länger über die Bill zu sprechen.

Er sagte schließlich; Obgleich das Volk des Südens sich des Verraths schuldig gemacht habe, so könne man ihm dennoch die Rechte nicht entziehen, welche ihm durch diese Bill entzogen werden sollten; darunter sei sogar das durch die Constitution garantirte Recht, Versammlungen zu halten und in Petitionen den Congreß um Abhülfe von Beschwerden zu bitten. Die Bill sei keine Reconstructions- sondern eine Destruktionsbill; die Union werde dadurch auf immer auseinander gerissen. Schließlich stellte Bingham den Antrag, die Bill dem Reconstruktionsausschuß zu überweisen.

Spaulding beantragte folgenden weiteren Artikel;

Es sei ferner beschlossen, daß nach Annahme dieser Gesetze und bis die Rebellenstaaten zur Repräsentation im Congreß zugelassen werden, die Bestimmungen der Habeas Corpus Akte in Virginia, Nordcarolina ꝛc. aufgehoben und diese Landestheile für die genannte Zeit unter das Kriegsgesetz gestellt werden.

Stevens nahm dies Amendement an.

Herr Koontz von Pennsylvanien hielt eine Rede zu Gunsten der Verleihung des Stimmrechts an die Schwarzen der Südstaaten und Wegnahme desselben von den „Rebellen".

Herr Scofield von Pennsylvanien beschuldigte in einer langen Rede den Staatssekretär Seward, daß er (ein perfider alter Mann) der Ratificirung des Verfassungsamendements im Wege stehe.

Herr Ward, Demokrat von Kentucky, hielt eine Rede gegen die Bill.

Herr Miller, Rep. von Pennsylvanien, zeigte an, daß er zur rechten Zeit ein Amendement beantragen werde, welches bestimme, daß kein Staat zugelassen werden solle, der nicht das Verfassungsamendement angenommen habe. Wenn sich die Südstaaten nicht dazu entschließen könnten, sollten sie für immer aus der Union wegbleiben. — (Die Radikalen wollen also keine vereinigte Union!)

Ward hielt eine Rede gegen die Bill. Er sagte wenn der Congreß die Politik der Großmuth und der Milde adoptiren wollte, dann könnte man den Fünfzehner Ausschuß auflösen Die Bill, ist gewaltsame Secession, die Secession von 1861 unterscheidet sich von der von 1867 nur darin, daß die erste freiwillig war, die letztere aber unfreiwillig und gezwungen ist. Das Land bedarf des Friedens. Der Frieden sei zur Erhaltung des öffentlichen Credits, zur Tilgung der Nationalschuld, zur Beförderung aller wesentlichen Interessen des Landes unerläßlich. Kann man den Frieden erhalten unter fortwährenden Irritationen? Niemals. Der Friede sei nothwendig zur Heilung der Wunden aus dem alten Zwist. Was die Negerwahlrechts-Frage betrifft so erinnere sie ihn an ein altes Gemälde. Eine Frau prügelt ihren Mann mit dem Besenstiel, im Hintergrund versetzt ein Neger dem Hund einen Fußtritt, er sagt dabei, Massa prügelt mich, Missus prügelt den Massa, und ich stoße den verdammten Hund. So meistert der Congreß das Freedmens-Bureau, das Freedmens-Bureau meistert den Neger und der Neger meistert den weißen Mann. (Gelächter.) Er protestirte gegen die Doctrine, daß der Hochverrath infam gemacht werden muß. Die Buße welcher der Süden dafür zu ertragen hat, daß er den Bürgerkrieg begann, sei Strafe genug. Die Kinder in der südlichen Staaten schreien nach Brod, und der Congreß gibt auf jenen Nothschrei weiter nichts als Rachedrohungen zur Antwort. Nicht einmal geistige Nahrung gönnt man den Südlichen mehr. Eine neuliche Resolution des Hauses verbietet es, den südlichen Staat-Agricultur-Collegien Creditscheine zu senden. Gott hat gesprochen; „Es werde Licht!" Das Haus aber hat durch seine Abstimmung verordnet, daß die Finsterniß herrschen soll.

Plantz sprach zu Gunsten der Bill. Vertagung.

(Wir lassen die übrigen Verhandlungen des Rumpf-Congresses hier aus, weil die Herren in Washington sich nur um des „Kaiser's Bart" balgen, und wie die „N. Y. Staatszeitung" treffend bemerkt, eine wahre „babylonische Verwirrung" daselbst herrscht. Im Senate kam es zwischen McDougal (Dem.) und Sumner (Rad.) zu heißen Worten, und zwar wegen Amts-Ernennungen, die Präsident Johnson gemacht haben soll; die Sache löste sich jedoch in leerem Pulverdamfe auf. Die Radikalen im Hause drehen sich um den Reconstructionsplan, wie der „Teufel um's Weihwasser". Die übrigen Verhandlungen sind von keiner Bedeutung. Für weitere Nachrichten aus Washington verweisen wir unsere Leser auf die telegraphischen Depesche in einer andern Stelle.

Telegraphisches.

Von Washington.

Washington, 16. Jan. Das Impeachment Programm. Es heißt heute, daß die Leiter der Impeachment-Agitation sich über ihren Plan verständigt haben. Sie wollen, sobald das Haus die Artikel des Impeachments annimmt, den Präsidenten suspendiren, und dann soll Senator Wade an die Stelle des Präsidenten treten, hierauf wollen sie die Untersuchung so lange hinauszuschieben suchen, bis der Amtstermin des Präsidenten Johnson abgelaufen sein wird. Unterdessen wollen sie den Süden nach eigenem Gutdünken reconstruiren.

Noch eine Anmaßung der Radikalen.

Washington, 16. Jan. Aus guter Quelle wird versichert, daß die Umsturz-Partei im Senat beschlossen hat, alle Ernennungen des Präsidenten, ausgenommen solche, bei welchen es sich um die Wiederbesetzung wirklich vakanter Stellen handelt, für ungültig zu erklären.

Die Verschwörung der Radikalen gegen den Präsidenten.

Washington, 17. Jan. John M. Botts ist hier und soll für sofortige Erhebung der Anklage gegen den Präsidenten sein.

Das Justizcomite ist dem Vernehmen nach gewillt, die Ankunft Surratts abzuwarten, ehe es die Untersuchung gegen den Präsidenten zum Schlusse bringt.

Aus allen Theilen des Norden erhalten die republikanischen Mitglieder des Congresses Briefe, worin sie beschworen werden, die gegen den Präsidenten gerichteten Pläne von Ashley, Stevens u. Co., nicht zu fördern. Die Schreiber machen darauf aufmerksam, daß in Folge der politischen Machinationen der radikalen Chefs bereits Geschäftsstockungen eingetreten seien und das Kapital sich wieder zurückzuziehen beginne, da man den Ausbruch eines neuen Bürgerkriegs befürcht.

Mit Ausnahme Brandagees sollen alle Repräsentanten Connecticuts gegen die Anklage sein. Die Hälfte der New-Yorker Delegation ist angeblich dem Ashley's Projekte abhold, und von den zehn Vertretern des Staates Illinois sollen nur drei den Plan der Verschwörer begünstigen.

Man glaubt, daß der Justizausschuß, von der Gefährlichkeit des Planes überzeugt, die Untersuchung hinausziehen und erst, wenn es für diese Sitzung zu spät ist, einen Bericht erstatten werde.

Washington, 17. Jan. Horace Greeley, John Minor Boots und General Sickles waren gestern auf dem Flur des Hauses und unterhielten sich lange Zeit mit Thad. Stevens und andern hervorragenden Radikalen.

Der Congreß und der Papier-Courant.

Washington, 16. Jan. Es wird von zuverlässiger Seite versichert, daß der Congreß den Papier-Courant weder reduciren noch vermehren wird; es soll beim status quo verbleiben. Sollte der Congreß etwa eine Vermehrung des Courants beschließen, so wird der Präsident—wie es heißt, — sein Veto dagegen einlegen und das letztere würde vom Congreß aufrecht erhalten werden.

Großer Triumph der Radicalen.

Washington, 17. Jan. Heute Morgen wurde auf Antrag des Repräsentanten Garfield ein Neger, Namens John M. Langston aus Oberlin, Ohio, zur Advokatenpraxis an der Supreme Court der Ver. Staaten zugelassen. Bekanntlich ist bereits vor zwei Jahren dasselbe geschehen.

Fürchterliches Unglück.
Großer Verlust an Menschenleben.
Untergang des Passagierdampfers „Platt Valley".

Memphis, 17. Jan. Der Dampfer „Platt Valley" fuhr heute Nachmittag zwischen hier und Vicksburg auf dem Wrack eines Kanonenboots auf und versank in drei Minuten. Es war dicht gefüllt mit Passagieren, von denen sehr viele ertrunken sind.

Eine ganze, aus 15 Personen bestehende Familie kam um's Leben. Man schätzt die Zahl der Verunglückten auf hundert. Kinder und Frauen sind fast sämmtlich ertrunken.

Washington, 17. Jan. Die extremen Radicalen bringen auf Einbringung einer Bill derzufolge die Gewalten des Präsidenten suspendirt werden sollen, so lange das Impeachment über ihn schwebt. Viele Radikale opponiren dem Vorschlag als einer gefährliche Parteimaßregel. Das Justiz-Committee wird wahrscheinlich Ashley's Resolution bis zum Schluß der Session schlafen lassen. Dann aber wird es Bericht erstatten, jedoch zu spät, um dem Congreß zu gestatten, noch etwas in der Sache zu verfügen.

Washington, 21. Jan. Die mexikanische Angelegenheit. So viel man erfährt, hat Herr Campbell, der amerikanische Gesandte für die Mexikanische Republik, Instruktionen dahin empfangen, daß er vorläufig in New-Orleans bleiben soll, da New-Orleans der bequemste Punkt ist von dem aus die Communication mit Mexiko und andererseits mit Washington unterhalten werden kann. Aus den hier eingetroffenen Nachrichten aus Mexiko läßt sich schließen, daß Maximilian die Idee aufgegeben hat, in Mexiko zu bleiben, und daß er entweder mit den französischen Truppen oder gleich nachher abreisen wird.

Aus Mexico treffen sehr günstige Nachrichten für die Liberalen ein. Maximilian soll versprochen haben, in zwanzig Tagen abzudanken; seine Lage ist eine sehr bedrängte und es könnte ihm schließlich passiren, daß er als Gefangener den Liberalen in die Hände fällt.

Das Congreßcommittee zur Untersuchung der Branntweinsteuer-Defraudationen ist von New-York zurückgekehrt. Es fand die verübten Defraudationen so colossal, daß es eine bedeutende Reduction der Whiskeysteuer, oder ein Amendement des Gesetzes in Vorschlag bringen will, nach welchem jede Branntweinbrennerei nach ihrer Fabrikationsfähigkeit zu besteuern wäre.

Aus Maryland.

Annapolis, 14. Jan. Im Unterhause der Gesetzgebung unseres Staates zeigte bereits vor mehreren Tagen Hr. Neilson an, daß er eine Gesetzvorlage zur Aufnahme der Sonntags-Akte machen werde. Die Präliminarien zur Ver. St. Senatorenwahl haben die Vorlage verschoben, dagegen hat soeben im Senate Dr. Ohr, als Vorsitzer des zu diesem Zwecke ernannten Spezial-Comite's, den Widerruf des Sonntags-Gesetzes vom Januar 1866 empfohlen und die Substituirung folgender Paragraphen angeregt:

Kein Hausbesitzer soll am Sonntage, dringende Fälle ausgenommen, starke Getränke verkaufen, oder Trunkenheit, Spiel und andere ungesetzliche Unterhaltung in seinem Hause erlauben, oder zugeben, daß während der gebräuchlichen Zeit des öffentlichen Gottesdienstes Personen, welche nicht Mitglieder seiner Familie sind, Zutritt zu dem Zwecke haben, um starke Getränke oder andere von ihm gehaltene Handels-Artikel zu kaufen. Uebertretung des Gesetzes soll eine Strafe von $25 nach sich ziehen, wovon die Hälfte den öffentlichen Schulen des Countys (oder der Stadt), wo solches Vergehen begangen und die andere Hälfte dem Staats-Asylum für Trunkenbolde zufallen soll. Die Strafe ist wie irgend eine andere Schuld, durch den Friedensrichter einziehbar."

Ein anderer Abschnitt schreibt vor, daß, wenn irgend eine Person am Sonntage betrunken angetroffen wird, dieselbe nach Ueberführung vor dem Friedensrichter eine wie im Paragraphen 179 zu vertheilende Strafsumme von $10 zahlen soll; für jedes folgende Vergehen der Art soll die Strafe $25 sein.

Soweit sich aus der Stimmung der leitenden Mitglieder der Gesetzgebung entnehmen läßt, scheint man fest entschlossen, die Sonntagsgesetze bedeutend zu modifiziren, wenn nicht ganz aufzuheben. Man sieht ein, daß das gegenwärtige, uns von der Unduldsamkeit aufoktroyirte Gesetz jeder liberalen Anschauung Hohn spricht und vom Statutenbuche verschwinden muß. Die Demokratie hat sich seit jeher befleißigt, für die Massen des Volkes, und nicht für die einige wenige Auserwählte, zu legisliren, und wird dabei auch dieses Mal von dem conservativen Elemente die bereitwilligste Unterstützung finden.

Die Einberufung eines Staats-Convents ist nunmehr als beschlossene Thatsache anzusehen. Die Wahlen für den Convent sollen am 2. Mittwoch im April stattfinden und bereits im Mai die constituirende Versammlung in Annapolis zusammentreten.

Staats-Convention von New-Hampshire.

Concord, N. H., 16. Jan. Die demokratische Staats-Convention trat heute hier zusammen. Es waren ungefähr 500 Delegaten anwesend. Edmund Burke von Keuna war Präsident.

John G. Sinclair von Bethlehem wurde wieder für das Gouverneursamt nominirt.

Eine Anzahl Resolutionen wurden eingebracht und angenommen. Die erste spricht sich günstig über die Abhaltung einer National Union-Convention in New York aus. Die zweite erklärt, daß die Demokraten von New-Hampshire ihren früheren Prinzipien treu bleiben und die Gewalt der Bundesregierung durch die Constitution beschränkt sei und alle anderen Gewalten für den Staat reservirt seien.

Die dritte ist der Ansicht, daß das Recht der Erweiterung des Stimmrechts dem Staate zukomme.

Die vierte, daß alle Staaten das Recht haben, im Congreß repräsentirt zu sein.

Die fünfte, daß das Oberbundes-Gericht durch sein neuliche Entscheidung seine Achtung für die einzige Autorität, welche gesetzliche Gewalten besitze, an den Tag gelegt habe.

Die sechste dankt dem Präsidenten für seine Unterstützung der constitutionellen Rechte.

Die siebente, daß die unparteiische Vertheilung der Steuerlast im Staate nothwendig sei.

Die achte erklärt, daß alle Anstrengungen, welche auf die Vernichtung der Execution abzielen, rebellisch seien.

Die letzte verspricht dem Candidaten die Unterstützung der Convention, worauf sich die Convention, nachdem noch mehrere Herren kurze Anreden gehalten hatten, vertagte.

Feuer im „weißen Hause!"
Das Conservatorium abbrannt.

Washington, 18. Jan. Heute morgen um 8 Uhr brach in Folge des Einsturzes eines Rauchfanges auf der südwestlichen Seite des weißen Hauses im Conservatorium des letzteren ein Feuer aus, durch welches wenigstens ein Drittheil der in demselben befindlichen werthvollen Herbarien zerstört wurde. Der Schaden, welcher den Gebäuden zugefügt wurde, wird auf $20,000 veranschlagt.

Das Mobiliar im „Exekutiv-Zimmer" wurde durch den Rauch ebenfalls bedeutend beschädigt.

Durch das zeitige Herbeieilen der Feuerwehr wurde die gänzliche Zerstörung der Gebäude, in welchen sich das Conservatorium befindet, abgewendet.

Herr Smith, einer der Subalteren im weißen Hause, strengte sich bei dem Löschen des Feuers und bei der Rettung von Pflanzen und anderen Gegenständen so an, daß er auf den Tod erschöpft und bewußtlos darnieder liegt.

Von Philadelphia.

Philadelphia, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Common Council kam es zu einer Prügelei, die zuletzt allgemein zu werden drohte, so daß der Vorsitzende es für gut fand das Gas abzudrehen, und dadurch die Räumung des Lokals zu erzwingen.

* Die Supreme Court der Ver. Staaten hat damit abermals bewiesen, daß es ihr mit der Aufrechthaltung der Verfassung und der Erhaltung demokratischer Freiheit Ernst ist. Daß die Radikalen über diese Entscheidung des obersten Bundesgerichtes wüthend sind, war zu erwarten

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, Januar, 24. 1867.

Die „Pa. Staats-Zeitung" in Lancaster City.

Bekanntlich hatten wir früher einen Träger angestellt, dessen Pflicht es war, die „Pennsylvanische Staats-Zeitung" unsern geehrten Lesern in Lancaster City wöchentlich zu überbringen. Es war dies der Wunsch vieler unserer Freunde und Gönner; auch wir glaubten dadurch unserem Blatt eine mehr verbreitete Cirkulation zu sichern.

Es dauerte jedoch nicht lange als wir Klagen hören mußten: daß dieser und jener unserer Abonnenten das Blatt entweder gar nicht, oder erst zwei und drei Tage nach dessen Erscheinen erhielt. Diese Klagen waren natürlich unserm Geschäfte nachtheilig und mußten beseitigt werden. Aber das war noch nicht alles. Unser Träger hatte von verschiedenen Abonnenten Gelder eingenommen, ohne mit uns abzurechnen, und da er die Stadt verlassen hat, so wissen wir heute noch nicht genau, wie viel er eingenommen, und wer Geld an ihn bezahlt hat.

Unter solchen Umständen hielten wir es für unsere Pflicht, all' diesen Unannehmlichkeiten auf einmal dadurch ein Ende zu machen, daß wir das Blatt in Zukunft nicht mehr durch Träger, sondern per Post unsern Lesern in der Stadt zusenden. Diese Einrichtung ist nun auch seit letztem Neujahr eingeführt, und wir leben der Hoffnung, daß Alle damit zufrieden sind, denn sie erhalten das Blatt nicht nur allein regelmäßiger, sondern auch früher.

Daß wir diese Einrichtung treffen würden, theilten wir in Nro. 27 (am 27. Dezember) unsern Lesern mit; allein, wie oben schon erwähnt, haben viele derselben jene sowohl als auch andere Nummern der „Staatszeitung" nicht erhalten, und ist ihnen somit die neue Einrichtung nicht bekannt, weßhalb denn auch ihre resp. Blätter auf dem Postamt in Lancaster seitdem liegen geblieben sind.

Der Postmeister hatte die Güte, uns die Namen folgender Personen einzureichen, die das Blatt noch nicht von der Post abgeholt haben:

Conrod Arnold,	Henry Baumann,
A. Brückner,	Wm. Constien,
Augnst Dammell,	Mr. Erlanger,
John Götz,	Heinrich Glenz,
Joseph Gärtner,	Geo. Holtzel,
Henry Knott,	Miß Killessen,
Julius Lang,	Jacob Löb,
A. F. Leuthy,	Phil. Miller,
John Mehl,	J. H. Ostermeier,
Andr. Roller,	H. Schelling,
R. A. Smith,	G. H. Schank,
Aug. Schönberger,	Joh. Schönberger,
J. A. Scheurenbrand	Heinrich Schmidt,
Henry Wolf,	Friedrich Wolf,
Henry Weber,	C. Wiedmeyer,
Georg Ziegler.	

Wir möchten alle Solche, denen dieses zu Gesicht kommt, freundlich bitten, die betreffenden Personen davon in Kenntniß zu setzen, weil wir wissen, daß sie Alle das Blatt zu haben wünschen, und Einige bereits dafür bezahlt haben. Uebrigens verweisen wir auf unsere geschätzten Agenten, Hrn. Anton Iske, Hrn. Charles P. Kraus (Buchbinder), und Hrn. Buchhändler Westhäffer in Lancaster.

Eine Druckerei niedergebrannt. — Letzten Sonntag brannte die Druckerei des S. A. Wylie, gelegen hinter der Sattlerwerkstätte des Hrn. Jäcker, zwischen King u. Orange Straße, nieder. Das Gebäude war ein dreistöckiges Backsteinhaus, und mit Schiefer bedeckt. Durch das kalte Wetter waren die Wasserröhren (Plug) zugefroren, so daß es geraume Zeit nahm, ehe man von den Spritzen Gebrauch machen konnte. Trotz der Mühe und Arbeit unserer Feuerwehr, konnte das Gebäude dennoch nicht gerettet werden. Robert L. Eichholz stürzte eine zwanzig Fuß hohe Leiter herab, und soll sich bedeutend verletzt haben. Der „Inquirer" wurde in dieser Druckerei gedruckt, soll aber durch diesen Unfall keine Unterbrechung erleiden. Es wurden sechs Pressen, eine Dampfmaschine, drei hundert Ries Papier nebst vielem anderem Druckmaterial zerstört oder beschädigt. Der Verlust wird auf $14,000 angegeben, wovon $8,000 durch Versicherung gedeckt sind. Das Feuer ist ohne Zweifel das Werk eines Brandstifters.

Eine saubere Sippschaft. — Der Spezial-Zug welcher am letzten Dienstag Abend nach dem Osten von hier abging, wurde unterhalb Parkersburg etwa eine Stunde lang aufgehalten, indem ein anderer Zug von der Bahn abgesprungen war. Die Freunde von Cameron, Stevens und Co., die auf dem Zug, und soeben von der Inauguration Gov. Geary's auf ihrer Heimreise begriffen waren, amüsirten sich während der Zeit dadurch, daß sie „der schwarzen Katz" aus einer oder mehrerer Flaschen ziemlich oft zusprachen. Die Folge davon war eine gemeinschaftliche Keilerei in den Cars, so daß sich der Condukteur genöthigt sah einzuschreiten, um die „Ruhe in Warschau" wiederherzustellen. Nachdem der „Frieden wieder erklärt" war, stellte es sich heraus, daß dem gutmüthigen Conduktor sein Pocketbuch mit $31 „französischen Abschied" von ihm genommen hatte! Armer Mann! Er war unter „die Wölfe in Schaafskleidern" gerathen, ohne es zu wissen. Es scheint, daß die Freunde Cameron's treulich den Fußstapfen des „Winnebago Chefs" nachfolgen. Man hüte sich vor der „Langfinger-Zunft"!

Ein Bullhund greift eine Locomotive an. — Vorigen Samstag Abend als ein Passagierzug dem hiesigen Depot zubrauste, stürzte ein großer Bullhund auf die Locomotive los, mit der Absicht ohne Zweifel den Gang des Eisenrosses zu hemmen, und hörte nicht mit seinem Angriff auf bis er endlich von der Locomotive überfahren und so schlimm verletzt wurde, daß sein Eigner ihn durch Erschießen aus dem Wege schaffen mußte.

Plötzlicher Tod. — Letzten Mittwoch starb Eugine Harkins ganz plötzlich am Schlagfluß. Er war gerade im Begriff, sein Mittagsessen in Heckerts' Hotel einzunehmen, als Frau Heckert bemerkte, daß er auf einmal ganz blau im Gesichte wurde; er mußte sich erbrechen, während seine Hände leblos an seiner Seite niederfielen und er selbst todt war. Hr. Harkins war ein gewandter Schreiber, und hatte selbst das Lob der County-Commissioners als einer der besten Assessoren in Lancaster County erhalten.

Tod eines County-Beamten. — Isaak Hollinger welcher letzten Herbst als Recorder von Deeds erwählt worden war, und erst kürzlich sein Amt antrat, starb in seiner Wohnung in Hempfield Township am letzten Mittwoch. Hr. H. war schon längere Zeit kränklich. Ein Nachfolger wird vom Gouverneur ernannt werden.

Seitdem Obiges geschrieben, wurde Martin D. Heß von Paradies Township als Deputy-Recorder vom Gouverneur ernannt. George W. Hollinger, Sohn des Verstorbenen, ist als dessen Gehülfe angestellt.

Anstellung. — J. H. Gibble ist als Deputy-Coroner für Manheim Borough, Rapho und Penn Townships ernannt worden.

Beamten erwählt. — Bei einer letzhin abgehaltenen Wahl der Stockhalter der Reading und Columbia Eisenbahn Compagnie wurden folgende Beamten für das laufende Jahr erwählt:

Präsident — Charles E. Smith.

Direktoren — H. Pratt McKean, A. E. Borie, R. B. Cabeen, J. B. Lippincott, W. G. Case, Geo. Bogle, Thos. Baumgardner, Hiester Clymer, Friedr. Lauer, G. D. Coleman, Samuel Small, John Ashurst.

Sekretär und Schatzmeister — J. B. White.

Selbstmord. — John McDuff, wohnhaft in Marietta, und mit dem Herumfahren von Mehl beschäftigt, beging Selbstmord vorigen Samstag, dadurch, daß er Gift einnahm. Er kaufte Arsenik in Lebharts Apotheke, und gab an, daß er denselben zu haben wünschte, um Ratten zu tödten. Anstatt das Gift für diesen Zweck zu gebrauchen, nahm er es selbst ein. Die erste Dosis war jedoch zu stark und verursachte Erbrechen. Die zweite war wirksamer und er starb in Folge davon am vorigen Montag Morgen. Der Verstorbene war dem Trunke ergeben.

Wahl in Columbia. — Die erste Borough-Wahl in Columbia, unter dem neuen Freibrief, fand am vorletzten Montag statt, und hatte einen vollständigen Sieg des republikanischen Tickets zur Folge. Alle Borough-Beamten sind radikale Republikaner.

Der „Volksfreund" bemerkt hierüber, daß dieß der erste Kanonenschuß für 1867 sei, und daß der Knall einen sehr ermuthigenden Klang gehabt habe. Dem ist nicht so, Herr College; der erste Schuß wurde vorletzten Dienstag in Harrisburg abgefeuert, als Simon Cameron seinen gekauften Speichelleckern die Augen mit „grünen Lappen" überzog. Der einzige Unterschied ist, daß man vor lauter „Wolle" keinen Klang hören konnte.

Der Susquehana Fluß überfroren. — Der Susquehana Fluß ist während der letzten Wochen durch die große Kälte in schwere Eis-Banden geschlagen worden. Zwischen Columbia und Wrightsville gehen schwere Lastschlitten mit der größten Sicherheit von einem Ufer zum andern, an manchen Stellen hat das Eis eine Dicke von 18 Zoll.

Oeffentliche Notarien. — S. A. Wylie, Esq., ist von Gouverneur Curtin wieder als öffentlicher Notar angestellt worden.

Capt. Charles Deues, von Millersville, ist als öffentlicher Notar für diese Stadt angestellt worden, an Stelle von James P. Boyd, dessen Dienstzeit abgelaufen ist.

Neue Krankheit. — In Chapmansville, Berks County, soll unter den kürzlich eingewanderten Welschen eine Krankheit herrschen, die viele wegrafft. Es soll eine Art Schiffsfieber sein und droht, epidemisch zu werden. Die Aerzte der Umgegend thun ihr Möglichstes, die Krankheit zu hemmen, aber bis jetzt mit wenig oder keinem Erfolg..

Arbeitseinstellung. — Die beiden Rollmühlen in Süd-Easton haben ihre Arbeiten eingestellt, und die in Phillipsburg wird, wie wir hören, dem Beispile folgen.

Der Lohn der auf der Lecha Thal Eisenbahn Angestellten ist um 25 Cents per Tag herabgesetzt worden. Sind das die guten Zeiten?

Wurden cassirt. — Der Marineminister hat alle Offiziere der durch Feuer zerstörten, „Ironsides" aus dem Dienst entlassen, von der Ueberzeugung ausgehend, daß durch ihre Nachlässigkeit das Schiff zerstört worden sei.

Eine Patriarchin. — Catharina Trautmann von Somerset County, ist die Mutter, Großmutter von 150 Nachkommen und dabei noch nicht ganz siebzig Jahre alt. Möge das Großmütterchen noch lange leben.

Wollte seine Frau verbrennen. — Ein überspannter Hitzkopf, wohnhaft in Lower Windsor Township, York County, wollte am vorletzten Donnerstag seine Frau in's Feuer werfen, weil sie einen Fenzriegel verbrannte. Man weiß nicht, ob dies einer vom alten Abraham seiner Fenzriegel war oder nicht.

Schreckliches Ereigniß in Bethlehem. — Als am Dienstag Vormittag eine Schühlerin des Mädchen-Seminars, Thompson mit Namen, damit beschäftigt war, sich umzukleiden, um mit ihrer Mutter, welche von New York auf Besuch hier war, zum Essen zu gehen, kam sie dem Ofen des Schlafzimmers zu nahe, und ihre Kleider fingen Feuer. Einige ihrer Mitschülerinnen suchten vergebens die Flammen zu löschen, und das arme Kind lief in der Todesangst ganz in Flammen gehüllt zur Frontthüre heraus. Alle Kleider waren demselben vom Leibe gebrannt, und nach einigen Stunden schwerer Leiden hauchte es sein irdisches Leben aus, um in den Chor der Engel einzutreten. Das war ein bitterer Weihnachtsschmerz für die Mutter.

Der Stuhl auf dem Lincoln saß, als er in Ford's Theater von Booth erschossen wurde, ist am vorletzten Dienstag von Stanton an Hrn. Browning, den Sekretär des Innern, ausgeliefert worden.

Habt Acht auf Geflügel-Diebe. Es sind seit einigen Tagen mehrere Hühnerställe und Welschhahnenstangen schwer heimgesucht und das Geflügel fortgenommen worden, sowohl in der Stadt als in deren Nachbarschaft. Wer also Geflügel hält, sollte darauf Acht haben, daß dasselbe des Nachts gut verwahrt ist, sonst möchte man des Morgens bei dem Erwachen ausfinden, daß das „Geflügel" abhanden gekommen.